



## COVID-19 – Newsletter 44

06.08.2020

Noch immer stehen im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden die drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig.

Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen. Städten und Gemeinden kam eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung zu.

Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden. Nunmehr beginnt die zweite, ebenso bedeutsame und fordernde Phase des „Hochfahrens“ aller kommunalen Leistungen. Auch in den Mitgliedsstädten und -gemeinden des Österreichischen Städtebundes beginnt wieder der kommunale Alltag – wenn auch auf eine ganz neue Art und Weise.

Die wirtschaftlichen Folgen der notwendigen und erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung der Fallzahlen wirken sich bereits jetzt auf die Gemeinden aus. Für die Ertragsanteile, insbesondere in den Sommermonaten 2020, ist mit weiteren Einbrüchen, aber auch mit den sonstigen Erträgen der Gemeinden, wie der Kommunalsteuer, zu rechnen. Unsere derzeitige Priorität gilt der Sicherung der Liquidität der Städte und Gemeinden. Aber auch die, mit der Pandemie untrennbar verbundenen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Fragen beschäftigen uns in den letzten Tagen vermehrt. Genauso wie in der ersten Phase, werden die Städte und Gemeinden auch weiter auf die Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zählen können. Der folgende Newsletter soll – wie bereits bisher – ein Begleiter im kommunalen Alltag sein und über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

**Wie bereits kommuniziert, wird der COVID-19-Newsletter des Österreichischen Städtebundes nunmehr in größeren zeitlichen Abständen bzw. anlassbezogen erscheinen. Für tagesaktuelle Informationen möchten wir Sie auf die COVID-19-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen**

([https://intrakommuna.at/net\\_home/Pages/Startseite](https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite))

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

**Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gehen wir es wieder an.**

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

[https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no\\_cache=1](https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1)

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

## Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS .....	3
2. Studie: Infektionen in Heimen gering, Pflegerinnen stark belastet .....	4
3. "BewohnerInnenvertretung" führt 30 Verfahren gegen Pflegeheime .....	4
4. Bildungsministerium geht derzeit von normalem Schulstart aus .....	5
5. Wissenschaft eher für Schulöffnungen .....	5
6. Tourismusministerium veröffentlicht Leitfaden für Tourismusbetriebe .....	6
7. Neuregelung der Maskenpflicht rechtlich umstritten .....	6
8. LVwG Steiermark: COVID-19 Sperre von Autowaschanlagen war rechtswidrig .....	7
9. Bundesfeuerwehrverband bekräftigt die Forderung nach mehr Geld aus dem Katastrophenfonds und Befreiung von der Mehrwertsteuer .....	7
10. Quarantänezeit für Einreisende nur noch 10 Tage .....	8
11. Vorbild UK? Wiener Rechtsanwalt plädiert für unabhängigeren Verfassungsdienst .....	8
Aus den Bundesländern .....	9
1. Tirol und Salzburg mit höchsten Arbeitslosenanstieg .....	9
2. Nach Oberösterreich verkürzt nun auch Niederösterreich die Quarantäne .....	9
3. OÖ: Eine Million Euro für Tourismus in St. Wolfgang .....	9
4. Kommunales Investitionspaket – Anträge nach Bundesländern .....	10
5. Besuch in Vorarlberger Altersheime soll möglich werden .....	10
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden .....	11
1. Gemeinde Seiersberg-Pirka fordert klare Covid-Regeln bei der Kinderbetreuung .....	11
2. Tirol: Stärkerer Finanzdruck auf Gemeinden .....	11
3. Graz: Carsharing boomt in CoV-Zeiten .....	11
Europa und International .....	12
1. 1,5 Millionen ItalienerInnen entwickelten Antikörper .....	12
2. Trotz Corona steigen in Deutschland Mieten und Preise für Immobilien weiter .....	12
3. Landgasthöfe in Bayern erleben einen Aufschwung .....	12
4. Website für Fahrrad-Reparaturgutscheine in England nach Start überlastet .....	12
5. Studie aus Sachsen beleuchtet Folgen des Lockdowns für Kinder .....	13
6. Bau eines neuen COVID-19-Spitals in Belgrad .....	13
7. EuroComm Berichte zur COVID-19 Situation in Ost- und Südosteuropa .....	13
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel .....	14
1. Deutschland/Italien: Initiative der Präsidenten zur Deutsch-Italienischen kommunalen Zusammenarbeit .....	14
2. Europäische Kommission: COVID-19-Medikament REMDESIVIR .....	14
3. Europäische Kommission: Kultur- und Kreativsektor .....	15
4. Ratssitzungen im September .....	15



## Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

### 1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **29. Juli 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 339/2020](#)

Allgemeine Strahlenschutzverordnung 2020 – AllgStrSchV 2020

vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl. II Nr. 96/2020, idF BGBl. II Nr. 151/2020 gesetzwidrig waren

[BGBl. II Nr. 340/2020](#)

Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 14. Juli 2020, dass die Wortfolge „, wenn der Kundenbereich im Inneren maximal 400 m<sup>2</sup> beträgt“ sowie der vierte Satz – „Veränderungen der Größe des Kundenbereichs, die nach dem 7. April 2020 vorgenommen wurden, haben bei der Ermittlung der Größe des Kundenbereichs außer Betracht zu bleiben.“ – in § 2 Abs. 4 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend

[BGBl. II Nr. 341/2020](#)

Änderung der Verordnung über besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

[BGBl. II Nr. 342/2020](#)

Änderung der COVID-19-Lockerungsverordnung - 9. COVID-19-LV-Novelle

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **30. Juli 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 343/2020](#)

Interventionsverordnung 2020 – IntV 2020

[BGBl. II Nr. 346/2020](#)

Änderung der Pflanzgutverordnung

[BGBl. II Nr. 344/2020](#)

Frauenförderungsplan des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

[BGBl. II Nr. 347/2020](#)

Änderung der Rebenverkehrsverordnung

[BGBl. II Nr. 345/2020](#)

Verlängerung des Zeitraums für Freistellungen nach § 735 Abs. 3 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz und § 258 Abs. 3 Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz

[BGBl. II Nr. 348/2020](#)

Änderung der Verordnung über den Lehrplan der Polytechnischen Schule; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **31. Juli 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 349/2020](#)

Änderung der Verordnung über die Lehrpläne für Berufsschulen (Lehrplan 2016); Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht

Konsumentenschutz gemäß § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl. II Nr. 98/2020, idF BGBl. II Nr. 107/2020 gesetzwidrig waren

[BGBl. II Nr. 350/2020](#)

Übertragungsverordnung – COVID-19-Unterstützung

[BGBl. II Nr. 352/2020](#)

Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 23. Juni 2020, dass die Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha vom 2. Dezember 2019, mit der die Betriebszeiten und der Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in den Gemeinden Ebergassing, Gramatneusiedl, Himberg, Maria Lanzendorf, Leopoldsdorf, Rannersdorf, Schwechat und Enzersdorf a.d. Fischa festgesetzt werden, Zl. BLA5-S-075/004, als gesetzwidrig aufgehoben wird

[BGBl. II Nr. 351/2020](#)

Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 14. Juli 2020, dass § 1 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gemäß § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl. II Nr. 98/2020, § 2 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gemäß § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl. II Nr. 98/2020, idF BGBl. II Nr. 108/2020, sowie §§ 4 und 6 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und

[BGBl. II Nr. 353/2020](#)

Änderung der Medizinischen Strahlenschutzverordnung



**BGBL. II Nr. 354/2020**

Änderung der Verordnung über die Einreise nach Österreich in  
Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **4. August 2020** herausgegeben:

**BGBL. II Nr. 355/2020**

Änderung der Gastgewerbepauschalierungsverordnung 2013

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **5. August 2020** herausgegeben:

**BGBL. II Nr. 356/2020**

BMSGPK-Grundausbildungsverordnung 2020

## 2. Studie: Infektionen in Heimen gering, Pflegerinnen stark belastet

Der Schutz von BewohnerInnen und Bewohnern von Alters- und Pflegeheimen vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus hat in Österreich vergleichsweise gut funktioniert. Gleichzeitig sind und waren aber die MitarbeiterInnen dieser Einrichtungen einer enormen Belastung ausgesetzt. Das ist das Ergebnis einer Studie, die von Gesundheitsminister Rudolf Anschober und Studienautorin Elisabeth Rappold präsentiert wurde.

Österreichs zentraler Corona-Testschwerpunkt in Alten- und Pflegeheimen, der seit April umgesetzt wird, hat einen wesentlichen Anteil an der vergleichsweise nicht sehr hohen, in vergangener Zeit sogar deutlich sinkenden Anzahl von Infektionen, in der am meisten gefährdeten Personengruppe. In allen Bundesländern wurden enorme Anstrengungen unternommen und rund **80.000** Testungen bei BewohnerInnen und fast **70.000** bei MitarbeiterInnen durchgeführt. Gesundheitsminister Rudolf Anschober: „Testungen in Alten- und Pflegeheimen sind auch in Zukunft ein zentraler Teil unseres Screening-Programmes, mit dem wir Menschen in gefährdeten Bereichen auch ohne Vorliegen von Symptomen testen.“

Die Empfehlungen der vorgelegten Studie werden in den nächsten Wochen mit den SoziallandesrätInnen und den in der Pflege tätigen Organisationen bearbeitet und möglichst umgesetzt. Anschober: „Die aktuelle Evaluierung unserer Arbeit zur Eingrenzung der Corona-Pandemie ist eine besonders wichtige Vorbereitung auf die Herausforderung im Herbst. Wir wollen dabei unsere Stärken weiter ausbauen und aus Fehlern der Vergangenheit lernen, um bestmöglich vorbereitet den Herbst gut zu bestehen und das Land weiterhin vergleichsweise gut durch die Krise zu führen.“

Zum Endbericht "COVID-19 in Alten- und Pflegeheimen, 2020": [https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:0889c607-9583-4d65-b965-5a1a53b678db/COVID19\\_APH\\_final\\_Stand%204.8.2020.pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:0889c607-9583-4d65-b965-5a1a53b678db/COVID19_APH_final_Stand%204.8.2020.pdf)

## 3. "BewohnerInnenvertretung" führt 30 Verfahren gegen Pflegeheime

Zahlreiche Gerichte in Österreich beschäftigen sich mittlerweile mit der Frage, wie man in Zeiten von Corona den Schutz betagter Menschen in Pflegeheimen gewährleisten kann, ohne sie ihrer Freiheit zu berauben. Die "Bewohnervertretung" hat 30 Verfahren nach dem Heimaufenthaltsgesetz bei Bezirksgerichten geführt. Es ging und geht vor allem um Ausgangsbeschränkungen und die Isolierung im Zimmer während des Corona-Lockdowns im Frühjahr.

Mehr dazu im Ö1 Abendjournal vom 30.07. unter folgendem Link: <https://radiothek.orf.at/oe1/20200730/605438/1596125249000>



#### 4. Bildungsministerium geht derzeit von normalem Schulstart aus

Das Bildungsministerium geht nach derzeitigem Stand von einem "völligen normalen Schulstart" im Herbst aus. Man arbeite an Varianten, um trotz der Corona-Pandemie einen Schulbetrieb so lange wie möglich zu gewährleisten. Dazu soll das vom Gesundheitsministerium geplante Ampelsystem auch in den Schulen zum Einsatz kommen, erläuterte eine Sprecherin von Minister Heinz Faßmann der APA.

Flächendeckende Schulschließungen wie im Lockdown oder auch zuletzt in mehreren Bezirken Oberösterreichs will der Bildungsminister jedenfalls vermeiden. Selbst wenn die Ampel auf Rot gestellt werden sollte, soll es nur regionale Schließungen von Schulen geben. Dies würde einen Notbetrieb und Home-Schooling bedeuten, so die Faßmann-Sprecherin. Möglich wäre es aber auch, nur einzelne Schulen oder Klassen zu schließen, oder Kinder aus einzelnen Klassen in Quarantäne zu schicken.

Je nach Ampelphase wären auch Masken an den Ein- und Ausgängen sowie in den Gängen, Turnen im Freien oder kein Singen im Musikunterricht mögliche Varianten. Eine grüne Ampel würde ganz normalen Schulbetrieb allerdings mit den bekannten Hygienemaßnahmen bedeuten. Ein genauer Kriterienkatalog soll bis Schulbeginn ausgearbeitet werden. Ziel der Bemühungen sei es jedenfalls, SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen mehr Sicherheit zu geben. Eine Möglichkeit dazu wäre auch eine Ausweitung der Tests mit der Gurgelwasser-Methode. Proben mehrerer SchülerInnen würden dann zu sogenannten Pools zusammengefasst. Die einzelnen Proben werden nur dann durchanalysiert, wenn der zusammengefasste Test positiv ausfällt. Damit könnte auch eine Beschleunigung erreicht werden.

Nach der Wiederaufnahme des Schulbetriebes am 16. Mai wurden bisher 100 SchülerInnen (von insgesamt 1,3 Millionen) und 15 PädagogInnen (von insgesamt 130.000) positiv auf das Coronavirus getestet. Nicht zuletzt aufgrund dieser Zahlen geht das Bildungsministerium nach derzeitigem Stand von einem "völlig normalen" Schulstart im Herbst aus - allerdings "mit erhöhter Sensibilität".

#### 5. Wissenschaft eher für Schulöffnungen

Der heraufdämmernde Spätsommer sorgt in Pandemiezeiten in vielen Staaten für Diskussionen darüber, ob und wie Schulen wieder geöffnet werden. Mehrere aktuelle wissenschaftliche Publikationen in Fachjournals sprechen eher für Schulbetrieb: weil Kinder sich seltener mit SARS-CoV-2 infizieren, oft nur leicht erkranken und Infektionen außerhalb der Schulen sowieso bekämpft werden müssen.

"Von einem klinischen Standpunkt bekommen die meisten Kinder/Jugendliche im Alter zwischen einem und 18 Jahren nur milde oder gar keine Covid-19-Erkrankung und haben viel seltener als Erwachsene die schweren Konsequenzen der Infektion. (...) Begrenzte und vermehrt auftauchende Evidenz deutet darauf hin, dass die Anfälligkeit für eine Infektion generell mit dem Alter ansteigt. Bei gleicher Exposition gegenüber infizierten Haushaltsangehörigen scheinen Kinder unter zehn Jahren seltener angesteckt zu werden als Erwachsene und ältere Jugendliche. Studien bei Kindern im Alter von neun Jahren oder darunter zeigen, dass sie weniger anfällig sind als Zehn- bis 14-Jährige", schreiben jetzt Meira Levinson und Co-Autoren von Instituten der Harvard-Universität in Boston im "New England Journal of Medicine". SARS-CoV-2 kann Schulen betreffen, "entsteht" aber dort nicht. Am Montag publizierte "Lancet Child & Adolescent Health" zwei Studien zum Thema Covid-19 und Schulwesen. Eine wissenschaftliche Untersuchung mit der Abschätzung des Starts des Schuljahres in Großbritannien mit September zeigte in Berechnungen Folgendes: "Die Resultate der Simulation deuten darauf hin, dass eine zweite Welle (von Covid-19) in Großbritannien verhindert werden kann, wenn die Testraten erhöht werden (59 bis 87 Prozent aller SARS-CoV-2-Infizierten müssten getestet werden)." 75 Prozent aller Personen mit symptomatischer Covid-19-Erkrankung müssten diagnostiziert und isoliert werden, um eine zusätzliche Problematik durch die Öffnung der Schulen zu vermeiden.

Aus Australien stammt die zweite Studie. Dabei wurde die Ausbreitung von Covid-19 in 25 Schulen und Kindergärten in New South Wales analysiert: Es zeigte sich für Kinder und Betreuer (Lehrer) ein sehr geringes Infektionsrisiko, wenn effektives Contact Tracing und sonstige Maßnahmen durchgeführt wurden.

Vorerst nur auf einem Preprint-Server ohne Peer Review ist eine Übersichtsarbeit von E. Goldstein von der Abteilung für Epidemiologie der Harvard School of Public Health in Boston zu lesen.



Dort wird auf chinesische Untersuchungen verwiesen. So hätte sich in Haushalten in der Region Wuhan für Unter-18-Jährige nur eine Infektionsrate von vier Prozent ergeben, bei Erwachsenen eine von 17 Prozent, also das Vierfache. Es existierten auch Hinweise darauf, dass in Volksschulen ein geringeres Risiko für die Verbreitung von SARS-CoV-2 herrsche als in Schulen für Ältere. "All das deutet darauf hin, dass die Öffnung von Volksschulen von anderen Maßnahmen wie Verringerung von Menschenansammlungen und Reduktion des Übertragungsrisikos insgesamt begleitet werden sollte."

## 6. Tourismusministerium veröffentlicht Leitfaden für Tourismusbetriebe

Die Coronavirus-Krise hat den Tourismus in Österreich schwer getroffen. Die Sicherheit von Gästen und Beschäftigten steht an oberster Stelle. Für den Fall von Infektionen oder auch Verdachtsfällen braucht es klare Regeln und standardisierte Abläufe. „Wer ist zu informieren, was passiert mit Erkrankten, was mit Kontaktpersonen, was passiert im Fall der Quarantäne?“ Ein Leitfaden des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und des Wirtschaftskammer Österreich - Fachverbandes Hotellerie, erarbeitet in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium, gibt Tourismusbetrieben, speziell Beherbergungsbetrieben, Orientierung im Umgang mit Coronavirus (Verdachts-)Fällen von MitarbeiterInnen oder Gästen im Hotel.

Die Entscheidung, wie im konkreten Einzelfall vorgegangen wird, liegt immer bei der lokalen Gesundheitsbehörde. Dieser Leitfaden dient der Information und Vorbereitung von UnternehmerInnen und MitarbeiterInnen für den Fall eines Verdachts bzw. einer Infektion im Betrieb. Dabei steht die Sicherheit und die Information aber vor allem auch die Eigenverantwortung aller handelnden Personen im Vordergrund.

„Wir geben unseren Tourismusbetrieben mit diesem Leitfaden eine klare Handlungsanleitung, was im Fall von Infektionen oder Verdachtsfällen zu tun ist“, sagt Tourismusministerin Elisabeth Köstinger. „Dieser Leitfaden ist in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium und der WKO entstanden, er ist ein weiterer wichtiger Schritt, um größtmögliche Sicherheit im Kampf gegen das Coronavirus zu erreichen.“

„Dieser Leitfaden ist eine wesentliche, praxisnahe Orientierungshilfe für österreichische Tourismusbetriebe und wurde unter fachlicher Beratung des Gesundheitsministeriums aufbereitet. Ich appelliere an alle Tourismusbetriebe in Österreich, diesen Leitfaden zu berücksichtigen und damit die lokalen Behörden beim raschen Kontaktpersonenmanagement und bei der Eindämmung des Virus zu unterstützen“, erklärt Gesundheitsminister Rudolf Anschober.

Susanne Kraus-Winkler, Obfrau des Fachverbandes Hotellerie in der Wirtschaftskammer Österreich unterstreicht: „Die Sicherheit der Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Gäste steht für die Betriebe im Vordergrund. Für uns war wichtig, dass die Unternehmen wissen, wie sie konkret mit einem COVID-19 (Verdachts-)Fall umgehen müssen. Der gemeinsame Leitfaden liefert die nötige Orientierung und Informationen und damit mehr Sicherheit und Transparenz für alle Beteiligten.“

Der Leitfaden steht auf der Plattform [www.sichere-gastfreundschaft.at](http://www.sichere-gastfreundschaft.at) zum Download zur Verfügung.

## 7. Neuregelung der Maskenpflicht rechtlich umstritten

Nach Medienberichten wird die rechtliche Qualität der Maskentragepflicht von Verfassungsexperten unterschiedlich beurteilt. Während der ehemalige VfGH-Richter Rudolf Müller und der Verfassungsjurist Heinz Mayer erklärten, die aktuell gültige Maskenverordnung dürfte gesetzwidrig sein, halten es die Verfassungsrechtler Theo Öhlinger und Bernd-Christian Funk für möglich, dass diese Verordnung des Gesundheitsministers nicht aufgehoben wird.

Die Begründung der Regierung, dass Lebensmittelgeschäfte für viele Menschen unvermeidbar sind, auch wenn sie sich vor Ansteckung fürchten, sei „nicht ganz unplausibel“, sagte Öhlinger. Ob die Regierungsargumente für den VfGH ausreichen, sei „eine Wertungsfrage, die man nicht vorhersagen kann“.



Die Frage sei, wie die Begründung der Regierung genau aussieht – ob nach dem Motto „Pi mal Daumenbreite“ argumentiert wird oder mit empirischen Erhebungen, merkte Funk an. Denn die Verfassungsrichter hätten auf eine hinreichende Begründung für – grundsätzlich als zulässig erklärte – Differenzierungen bei den Corona-Maßnahmen gepocht, verwies der Verfassungsrechtler auf die jüngsten Erkenntnisse. Und stellte fest: „Die endgültige Antwort wird wiederum vom VfGH zu geben sein.“

Einigkeit herrscht bei allen RechtsexpertInnen darüber, dass die Unterscheidung zwischen Geschäftstypen hinsichtlich der Maskenpflicht inhaltlich gut begründet werden muss, um tragfähig zu sein. Der ehemalige Verfassungsrichter Rudolf Müller sieht dieses Kriterium durch die Verordnung nicht erfüllt: „Die Differenzierung zwischen Lebensmittelhandel und anderem Handel müsste eine sachliche Grundlage haben. Doch da wie dort kommen Menschen auf engem Raum zusammen. Wieso die Regelung in einem Geschäft gilt und im anderen nicht, scheint mir sachlich nicht gerechtfertigt.“ Wenn es sich ausschließlich um einen politischen Kompromiss mit der Wirtschaftskammer handle, wird auch diese Verordnung wieder gekippt werden, ist der Experte überzeugt.

Ähnlich sieht das der Verfassungsjurist Heinz Mayer. Auch er kann keine triftige Begründung erkennen, die der Differenzierung zwischen Geschäftstypen zugrunde liegt. Dabei hat der VfGH in seinem jüngsten Erkenntnis explizit gefordert, dass das Ministerium derartige Ungleichbehandlungen transparent begründen und seine Informationsbasis darlegen muss. Eine vom VfGH aufgehobene Regelung hatte etwa Gartencenter gegenüber anderen großen Geschäften – ohne nachvollziehbaren Grund – bevorzugt.

Am Freitagabend reichte das Gesundheitsministerium laut STANDARD ein internes Papier nach, das die Verordnung argumentativ stützen soll. Autor des zweiseitigen „kurzen Fachgutachtens“ ist der Infektiologe Herwig Kollaritsch, der seit Beginn der Pandemie in der Corona-Taskforce von Gesundheitsminister Anschöber sitzt. Dieser ließ am Samstag per Aussendung wissen, dass das Gutachten „vom allergrößten Teil der Virologen geteilt und unterstützt“ werde und die neue Maskenpflicht demnach fachlich gerechtfertigt sei.

## 8. LVwG Steiermark: COVID-19 Sperre von Autowaschanlagen war rechtswidrig

Zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 hatte im April die Polizeibehörde in Graz Selbstbedienungs-Autowaschanlagen gesperrt. Grundlage dafür war die mittlerweile außer Kraft getretene „Betretungsverordnung“ des Gesundheitsministers. Das betroffene Unternehmen erhob dagegen mehrere Maßnahmenbeschwerden an das Landesverwaltungsgericht Steiermark. Gestern gab das Gericht diesen Beschwerden Folge und erklärte die Sperre der Waschanlagen für rechtswidrig.

Das Verwaltungsgericht stellte insbesondere fest, Selbstbedienungs-Autowaschanlagen seien nie unter die „Betretungsverordnung“ gefallen und hätten ungehindert benützt werden dürfen. Als Reinigungsdienstleistung habe für diese Betriebsanlagen und ihre Benützer außerdem die einschlägige Ausnahmebestimmung der Verordnung gegolten. Überdies sei – so das LVwG – das Corona-Ansteckungsrisiko gerade in den Selbstbedienungs-Autowaschanlagen äußerst gering.

## 9. Bundesfeuerwehrverband bekräftigt die Forderung nach mehr Geld aus dem Katastrophenfonds und Befreiung von der Mehrwertsteuer

Vorrangige Forderung des Bundesfeuerwehrverbandes ist, dass die Deckelung der Mittel aus dem Katastrophenfonds von derzeit 95 Millionen auf 130 Millionen Euro angehoben wird, damit die Mindestsumme um zumindest 35 Millionen erhöht wird. Der Generalsekretär des Bundesfeuerwehrverbandes, Markus Ebner, verweist im Gespräch mit der "Wiener Zeitung" darauf, dass man laufend im Gespräch mit der Regierung sei. Es habe diesbezüglich aber bereits seit dem Jahr 2013 keine Indexanpassung zur Anhebung des Deckels mehr gegeben.



Ebenfalls seit längerem drängen die VertreterInnen der freiwilligen Feuerwehren auf eine Befreiung von der 20-prozentigen Mehrwertsteuer beim Kauf unbedingt notwendiger Ausrüstung. Dagegen seien bisher EU-rechtliche Einwände vorgebracht worden. Nicht unbedingt hilfreich ist außerdem, dass es auf Bundesebene keinen zentralen Ansprechpartner für Feuerwehrfragen in der Regierung gibt.

Mehr dazu: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2070597-Wenn-es-bei-der-Feuerwehr-brennt.html>

## 10. Quarantänezeit für Einreisende nur noch 10 Tage

Seit Beginn der Pandemie galt eine 14-tägige Quarantänezeit für Personen mit positivem Testergebnis bzw. einer Covid-19-Erkrankung, ebenso wie für Kontaktpersonen und Personen bei der Einreise aus bestimmten Ländern nach Österreich. Mittlerweile muss nur mehr eine zehntägige Quarantänezeit eingehalten werden. Hintergrund sind laut Gesundheitsministerium und Experten jüngste wissenschaftliche Erkenntnisse, wonach die Inkubationszeit und die Zeit, in der kranke Personen infektiös sind, geringer ist, als bisher angenommen.

Das Gesundheitsministerium beruft sich auf eine Metaanalyse, wonach die Inkubationszeit von Covid-19 maximal 10,6 Tage beträgt. Die meisten Personen würden bereits innerhalb von elf Tagen die ersten Symptome zeigen, durchschnittlich an Tag fünf bis sechs. Entsprechend würde ein kürzerer Zeitraum als 14 Tage Quarantäne ausreichen, heißt es – dabei gehe es auch um eine Abwägung der jeweiligen Risiken und Kosten für die Betroffenen, außerdem verweist man auf kürzere Quarantänezeiten in anderen Ländern.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3176212/>

## 11. Vorbild UK? Wiener Rechtsanwalt plädiert für unabhängigeren Verfassungsdienst

In einem Gastbeitrag in der „Presse“ analysiert der Autor die Einschränkung der Grundrechte durch die Bundesregierung bei Ausbruch der Corona-Pandemie, die Informationspolitik der Bundesregierung, die Qualität der Rechtsakte und der Vollziehung. Eine wesentliche Ursache für die dabei aufgezeigten erheblichen Rechtsstaatsdefizite liegt nach Auffassung des Autors im Versagen des beim Bundeskanzleramt eingerichteten Verfassungsdiensts. Bevor der Rechtsstaat in Österreich weiter erodiere, wäre es sinnvoll, den Verfassungsdienst aus dem Bundeskanzleramt herauszulösen und ihn in eine von jedem parteipolitischen Einfluss befreite Einrichtung zu überführen, die der „Law Commission“ in Großbritannien nachgebildet sei.

Mehr dazu: <https://www.diepresse.com/5846337/bevor-der-rechtsstaat-erodiert-lernen-von-england>





## Aus den Bundesländern

### 1. Tirol und Salzburg mit höchsten Arbeitslosenanstieg

Die Coronakrise trifft den Arbeitsmarkt in den Bundesländern unterschiedlich. Während die Zahl der Arbeitslosen und SchulungsteilnehmerInnen in Tirol (+75 Prozent) und Salzburg (+50,8 Prozent) Ende Juli im Vergleich zu Ende Juli 2019 kräftig zulegte, belief sich das Plus in Kärnten auf 25,6 Prozent. Der brummende Sommertourismus rund um die Kärntner Seen hat zu einer Arbeitsmarktentspannung geführt.

Auch deutlich steigende Arbeitslosenzahlen verzeichnete Vorarlberg mit plus 44,3 Prozent. Geringer fiel das Plus in der Steiermark (+34,3 Prozent), Oberösterreich (+31,6 Prozent), Wien (+31,1 Prozent) und Burgenland (+26,3 Prozent) aus, geht aus aktuellen Daten des Arbeitsmarktservice (AMS) hervor.

Nach Altersgruppen betrachtet gab es den stärksten Anstieg der Arbeitslosen- und SchulungsteilnehmerInnen bei den 25 bis 49-Jährigen mit plus 37,6 Prozent, gefolgt von den Älteren (50 Jahre und älter) mit plus 28,7 Prozent und den Jugendlichen unter 25 Jahren mit plus 24,6 Prozent. Ohne SchulungsteilnehmerInnen stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendliche um 52,4 Prozent.

Besonders stark steigende Arbeitslosen- und SchulungsteilnehmerInnenzahlen wurden Ende Juli im Vergleich zum Vorjahresmonat bei Ausländern (+42,4 Prozent), Personen mit höherer Ausbildung (+35,2 Prozent) und Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (+33,1 Prozent) verzeichnet. Der Anstieg bei Frauen (+32,1 Prozent) und Männern (+33,8 Prozent) fiel ähnlich hoch aus.

Die Arbeitslosigkeit ist speziell im Tourismus coronabedingt weiterhin hoch. Die Zahl der Arbeitslosen und SchulungsteilnehmerInnen im Bereich Beherbergung und Gastronomie lag Ende Juli im Vergleich zum Vorjahresmonat um 73,8 Prozent höher bei rund 55.367. Die laufende Sommer-Hochsaison hat die Tourismus-Arbeitslosenzahlen aber merkbar sinken lassen, im Juni waren noch mehr als 73.000 ohne Job.

Kräftig stieg die Arbeitslosigkeit auch im Verkehr und Lagerwesen (+55,4 Prozent) und am Bau (+41 Prozent). Den relativ niedrigsten Anstieg gab es im Gesundheits- und Sozialwesen (+24,5 Prozent), gefolgt vom Bereich Leiharbeit (+31,6 Prozent), Handel (+33,1 Prozent) und Herstellung von Waren (+36,4 Prozent).

### 2. Nach Oberösterreich verkürzt nun auch Niederösterreich die Quarantäne

Das Land Oberösterreich hatte Anfang August als erstes Bundesland bekanntgegeben, die Quarantänezeit zu verkürzen. Wie Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig am Montag gegenüber noe.ORF.at bestätigte, folgt künftig auch Niederösterreich der neuesten Empfehlung des Ministeriums und des Robert-Koch-Institutes.

„Symptomatische Personen mit leichtem Krankheitsverlauf“ und „asymptomatische Personen“ können nun bereits nach zehn Tagen aus der Absonderung entlassen werden, heißt es in der entsprechenden Empfehlung des Gesundheitsministeriums zur Entlassung von Covid-19-Fällen aus der Absonderung. „Symptomatische Personen mit schwerem Krankheitsverlauf“ können ebenfalls nach zehn Tagen entlassen werden, allerdings nur dann, wenn auch eine negative PCR-Untersuchung vorliegt. Wie bereits berichtet, beträgt auch die verpflichtende Quarantäne bei der Einreise aus bestimmten Ländern nur noch 10 Tage.

### 3. OÖ: Eine Million Euro für Tourismus in St. Wolfgang

Das Land Oberösterreich hat nach den Gästestornos infolge eines Coronavirus-Clusters in St. Wolfgang einen „Comeback-Plan“ für den Tourismus geschmiedet. Es macht dafür eine Million Euro locker – für Zuschüsse an die betroffenen Betriebe und eine Medienkampagne.

Mehr dazu: <https://ooe.orf.at/stories/3061038/>



#### 4. Kommunales Investitionspaket – Anträge nach Bundesländern

Die meisten Anträge für die in der Coronakrise aufgelegten Gemeindehilfen kommen bisher aus Niederösterreich. Nach Angaben des Finanzministeriums wurden bisher 132 der insgesamt 332 Projekte in diesem Bundesland eingereicht. Allerdings liegen bisher vor allem kleinere Projekte vor: Die durchschnittliche Fördersumme beträgt 136.000 Euro. Bis Ende 2021 können sich die Gemeinden beim Bund eine Mrd. Euro abholen. Unterstützt werden damit Projekte, deren Finanzierung entweder wegen der Pandemie wackelt oder die zwischen Juni 2020 und Dezember 2021 neu begonnen werden.

Verteilt wird das Geld nach Einwohnerzahl: Am meisten steht Wien zu (240 Mio. Euro), danach folgen Nieder- und Oberösterreich (180 bzw. 162 Mio. Euro), die Steiermark (137), Tirol (82), Kärnten (63), Salzburg (62), Vorarlberg (43) und das Burgenland (31 Mio. Euro).

Im ersten Monat wurden 332 Projekte mit einer Fördersumme von insgesamt 45 Mio. Euro eingereicht. Von der maximal möglichen Milliarde sind die Gemeinden damit noch ein ganzes Stück entfernt. Die meisten Anträge gibt es laut Finanzministerium mit 132 aus Niederösterreich, danach folgen Oberösterreich (50), Tirol (36), Kärnten (31), die Steiermark und das Burgenland (je 28) sowie Salzburg (19) und Vorarlberg (7).

Die Gemeinde Wien hat noch kein Projekt eingereicht. Allerdings ist dafür auch noch bis Ende 2021 Zeit. Abgerechnet wird das Förderprogramm spätestens Ende Jänner 2024. Nicht ausgeschöpfte Mittel fließen dann in den Gemeindetopf des Finanzausgleichs.

#### 5. Besuch in Vorarlberger Altersheime soll möglich werden

Generelle Besuchsverbote in Alters- und Pflegeheimen will Vorarlbergs Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker im Herbst und Winter vermeiden. Das sagte sie am Samstagabend in einem Interview mit ORF Vorarlberg. Durch gezielte Teststrategien sollen Cluster im Pflegebereich schnell ermittelt werden, dazu werden aktuell Krisenpläne erarbeitet, kündigte die Landesrätin an.

Besuchsverbote für Angehörige, wie sie bei der ersten Corona-Welle verhängt wurden, sollen laut Landesrätin Wiesflecker künftig in Vorarlberg nicht mehr ausgesprochen werden. "Außer die Infektionsrate schnell hoch", sagte sie. Durch Testungen des Personals könnten Cluster schnell entdeckt werden, meinte Wiesflecker.

Getestet werden in Vorarlberg auch 24-Stunden-BetreuerInnen. Bisher wurden 700 Tests durchgeführt, 500 Personen wurden in Kurz-Quarantänequartieren untergebracht.

Die Vorarlberger Landesrätin ist aktuell die Vorsitzende der SozialreferentInnen-Konferenz. Bei der Konferenz hatten sich am Freitagabend die Teilnehmenden aus allen Bundesländern auf eine Teststrategie für 24-Stunden-BetreuerInnen geeinigt. Die Frauen und Männer sollen monatlich getestet werden. Bis Österreich eine entsprechende Logistik für rasche Testergebnisse aufgebaut hat, werden auch Tests aus Herkunftsländern akzeptiert.

Die nächste Konferenz der SozialreferentInnen wird im Herbst in Vorarlberg stattfinden. Schwerpunktthema wird die Finanzierung der Pflege sein.



## Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

### 1. Gemeinde Seiersberg-Pirka fordert klare Covid-Regeln bei der Kinderbetreuung.

In der Gemeinde Seiersberg-Pirka machen derzeit Eltern und PädagogInnen ihrem Ärger Luft. Grund für die Aufregung ist die unklare Situation betreffend die Kinderbetreuung und die Richtlinien der Corona-Pandemie. Die Gemeindeverantwortlichen um Bürgermeister Werner Baumann sehen darin sogar "ein Richtlinien-Chaos des Landes". Ob Kinder nach Hause geschickt werden müssen oder in der Betreuungseinrichtung verbleiben dürfen, müsse derzeit von den jeweiligen KindergartenleiterInnen entschieden werden. "Unsere PädagogInnen gehören zu den besten im Land, aber zu entscheiden, ob ein Kind ein Covid-Risiko ist, was nicht einmal ÄrztInnen ohne Test mit Sicherheit sagen können, geht zu weit", betont Ortschef Baumann und blickt schon in Richtung Herbst. Die Gemeinde stellt sich die Frage, wie mit Husten und Schnupfen, was bei Kindern im Herbst traditionell auftritt, umzugehen ist. "Es kann nicht sein, dass die oberste Landespolitikerin ihre Verantwortung auf KindergartenpädagogInnen und die Gemeinden abschiebt", fordert Baumann klare landesweite Richtlinien in der Corona-Zeit, eine Ausweitung des Pflegeurlaubs für Familien und eine volle finanzielle Abgeltung der Mehrkosten. Dafür werden im Ort auch Unterschriften gesammelt. "Die Vorbereitungen für den bevorstehenden Herbst laufen, und weitere regelmäßige Abstimmungstermine mit den Trägern sowie dem Städte- und Gemeindebund sind in Planung", reagiert die zuständige Bildungs- und Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß. Zudem stellt Bogner-Strauß klar, dass „das Land Steiermark in der Hochphase der Corona-Pandemie umfassende Empfehlungen an die Träger und Einrichtungen verschickt hat, in dem unter anderem Themen wie das Fiebermessen, das Hinbringen und Abholen der Kinder sowie das regelmäßige Desinfizieren von Spielzeug geregelt ist. Auch wurde mehrfach kommuniziert, dass kranke oder kränkliche Kinder nicht in die Betreuungseinrichtungen zu bringen sind." Eine finanzielle Mehrkosten-Abgeltung sowie die Ausweitung des Pflegeurlaubs falle nicht in die Kompetenz des Landes. Jedoch habe man landesweit die Elternbeiträge übernommen.

### 2. Tirol: Stärkerer Finanzdruck auf Gemeinden

Die Herausforderungen für die Tiroler Gemeinden haben sich aufgrund der Coronavirus-Pandemie kaum verändert. Die finanzielle Situation habe sich aber verschärft, Aufgabenbereiche würden immer komplexer. Das ist das Ergebnis einer Umfrage unter BürgermeisterInnen. Laut der aktuellen Befragung sehen 40 Prozent der Tiroler Gemeinden ihre finanzielle Situation als nicht ausreichend. Ein Drittel der befragten Gemeinden blickt negativ in die wirtschaftliche Zukunft. Die 70 Millionen Euro CoV-Hilfe des Landes seien hier eine kleine Hilfe, meint Ernst Schöpf, der Präsident des Tiroler Gemeindeverbands. Im August würden die wesentlichen Einnahmen der Gemeinden, die Kommunalsteuer und Abgabenertragsanteile, überwiesen. Noch wisse man nicht, wieviel Geld die Gemeinden nach den Einbrüchen infolge der CoV-Krise noch bekommen.

Mehr dazu: <https://tirol.orf.at/stories/3060865/>

### 3. Graz: Carsharing boomt in CoV-Zeiten

Die CoV-Pandemie hat auch die Carsharing-Anbieter schwer getroffen – anfangs: Mittlerweile sei die Nachfrage höher als je zuvor, heißt es vom größten Anbieter in der Steiermark, tim. Auch die zahlreichen Ausbaupläne nehmen Fahrt auf. 2.200 Kunden zählt tim derzeit in Graz. Das sind mehr FahrerInnen und auch mehr Fahrten im Vergleich zum Vorjahr – ein Plus von 15 Prozent, hieß es vom Betreiber, der Holding Graz.

Mehr dazu: <https://steiermark.orf.at/stories/3060186/>



## Europa und International

### **1. 1,5 Millionen ItalienerInnen entwickelten Antikörper**

Die Studie basiert auf Tests bei 64.660 repräsentativ ausgewählten Menschen vom 15. Mai bis 15. Juli. Es gibt jedoch große regionale Unterschiede: In der Lombardei wurden bei 7,5 Prozent der Menschen Antikörper festgestellt, in Süditalien bei weniger als einem Prozent. Gesundheitsminister Roberto Speranza, betonte, dass ohne die zweimonatige Ausgangssperre im März und April die Verbreitung des Virus noch höher gewesen wäre. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen hätten dies verhindert.

Mehr dazu: <https://www.diepresse.com/5848305/15-millionen-italiener-entwickelten-antikorper>

### **2. Trotz Corona steigen in Deutschland Mieten und Preise für Immobilien weiter**

Auch die Pandemie hat den Immobilienboom in deutschen Städten nicht gestoppt, das zeigt eine Analyse des Hamburger Gewos Instituts für Stadt-, Regional- und Wohnforschung und des Portals Immobilienscout24. Trotz Corona-bedingter massiver wirtschaftlicher Folgen sind Mieten sowie die Preise für Wohnraum weiter gestiegen. Allerdings stelle sich in den nächsten Monaten die Frage, ob sich die Menschen nach vielen Monaten Kurzarbeit noch hohe Mieten oder Finanzierungen leisten könnten. „Eventuell wird ein Corona-Effekt erst im weiteren Jahresverlauf sichtbar“, erklärt Gewos-Geschäftsführerin Carolin Wandzik.

Mehr dazu: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/immobilien-wohnungsmieten-steigen-trotz-corona-krise-16887719.html>

### **3. Landgasthöfe in Bayern erleben einen Aufschwung**

Während die Gastronomie in den Städten unter der Corona-Krise leidet, erleben die Lokale am Land einen Boom. Grund dafür ist, dass immer mehr Menschen Ausflüge oder Urlaub in Bayern machen. Dem bayerischen Hotel- und Gaststättenverband Dehoga zufolge sind in München die Umsätze insgesamt um bis zu 70 Prozent eingebrochen, die Hotels sind maximal zu 20 Prozent ausgelastet. In den Urlaubsregionen am Land herrscht derzeit allerdings fast Normalzustand. Wie sich die Lage weiter entwickelt, ist jedoch unklar.

Mehr dazu: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-gastronomie-gasthoefe-landgasthoefe-corona-1.4982918>

### **4. Website für Fahrrad-Reparaturgutscheine in England nach Start überlastet**

Etwa 50.000 Gratis-Gutscheine für ein Fahrradservice hat die Regierung in England letzte Woche freigeschaltet. Premier Boris Johnson wollte der Bevölkerung damit einen (weiteren) Anreiz zu mehr körperlicher Bewegung und umweltschonender Fortbewegung geben. Allerdings schien die eigens dafür geschaffene Website (<https://fixyourbikevoucherscheme.est.org.uk/>) schlecht gerüstet für den großen Ansturm: Sobald sie vergangenen Dienstag online ging, war sie auch schon wieder ausgefallen. Wer einen Gutschein bestellen wollte, erhielt zunächst lediglich die Fehlermeldung „Error 404“. Viele Fahrradfans machten ihrem Ärger und ihrer Enttäuschung auf sozialen Medien Luft. Ursprünglich hätte die Gutscheinaktion bereits im Juni beginnen sollen, wurde vom Verkehrsministerium aber auf Juli verschoben, damit die Fahrradwerkstätten nach den Ausgangssperren wieder rechtzeitig ihren regulären Betrieb aufnehmen konnten. Letzte Woche war dann die Nachfrage nach dem Angebot ab dem ersten Tag so enorm, dass mittlerweile alle Gutscheine aus der ersten Tranche vergeben sind. Auf der Website bittet das zuständige Ministerium um Verständnis und verspricht, eine Wiederauflage der Aktion zu prüfen.



## 5. Studie aus Sachsen beleuchtet Folgen des Lockdowns für Kinder

Vor Schulbeginn zeigt nun eine Studie der Leipziger Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, dass SchülerInnen massiv unter den Schulschließungen gelitten haben. 900 Kinder und Jugendliche wurden zu Beginn des Lockdowns und vier Wochen später befragt. Drei Viertel der Befragten wünschten sich wieder zur Schule gehen zu können, beklagten die fehlende Tagesstruktur und waren besorgt um ihre Angehörigen. Wieland Kiess, Direktor der Leipziger Klinik, berichtete zudem von schweren Krankheiten oder Kindesmisshandlungen, die aufgrund des Lockdowns „nicht bemerkt“ wurden. Damit ist für die sächsische Regierung klar, dass man mit Schulbeginn ab 1. September zur Normalität zurückkehren werde. 485.000 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte sollen an fünf Tagen in der Woche zurück in die Klassenzimmer. Ein Vier-Stufen-Plan sieht Schulschließungen nur regional und zeitlich begrenzt vor.

Mehr dazu: <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/schulschliessung-corona-psychologische-auswirkungen-kinder-1.4987962>

## 6. Bau eines neuen COVID-19-Spitals in Belgrad

Im westlichen Belgrader Stadtteil Batajnica begann am 1. August 2020 der Bau eines neuen CoViD-19-Spitals. Dieses entsteht auf dem Militärareal "Zemun ekonomija". Das Fertigteil-Spital entsteht auf einer Fläche von 18.000 Quadratmetern und soll bis zu 28 Millionen Euro kosten. Die Eröffnung des Spitals ist für 1. Dezember 2020 geplant. Das Krankenhaus soll über 200 Krankbetten auf der Intensivstation sowie 804 Krankbetten in der Intermediate Care verfügen. Den Auftrag erhielt ein Konsortium aus vier serbischen Baufirmen.

## 7. EuroComm Berichte zur COVID-19 Situation in Ost- und Südosteuropa

Im beiliegenden Bericht gibt EuroComm einen kompakten Überblick der Zuwachsraten in Ost- und Südosteuropa. Zudem wird darüber berichtet, welche Maßnahmen in den betreffenden Staaten gesetzt wurden und werden.

Mehr dazu in **Beilage1**.



## Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

### 1. Deutschland/Italien: Initiative der Präsidenten zur Deutsch-Italienischen kommunalen Zusammenarbeit

Anlässlich seines Besuches in Italien hat Bundespräsident Steinmeier zusammen mit dem italienischen Präsidenten Mattarella einen Brief an über **800 BürgermeisterInnen** in Italien und Deutschland, die deutsch-italienische Städtepartnerschaften unterhalten, übersandt. Die Präsidenten bedanken sich für die zahlreichen Hilfen, die zwischen den Partnern während der cov19-Krise geleistet wurden und ersuchen die jeweiligen Regierungen die Förderung und Anerkennung der Städtepartnerschaftsarbeit zu verbessern. Gerade die Städtepartnerschaften in Europa mit ihren zahlreichen Initiativen haben in den letzten Monaten bewiesen, dass die Solidarität in Europa kein Schlagwort ist, sondern ein konkreter Beweis für tätige Zusammenarbeit von befreundeten Nachbarn. Solidaritätsbekundungen, aber auch praktische Hilfestellungen, medizinische Ausrüstung und Schutzmaterial wurden bereitgestellt, Angebote übermittelt, PatientInnen aus den Partnerstädten in eigene Krankenhäuser aufzunehmen. Gezeigt hat sich auch, dass der europäische Rahmen für die kommunale Zusammenarbeit in Krisensituationen verbessert werden muss. So war es beispielsweise zeitweise nicht geklärt oder möglich, medizinische Schutz-ausrüstung im europäischen Binnenmarkt über die Grenzen zu schicken. Eine Bevorratung zB von medizinischer Ausrüstung, die Produktion von Medikamenten oder der Grenzverkehr im Krisenfall müssen optimal an eine Pandemielage angepasst werden. Die Cov19-Solidarität ist ein Musterbeispiel für den kommunalen Zusammenhalt in Europa. Ohne Einbindung der Kommunalverwaltungen ist der Erfolg des europäischen Projektes nicht zu verwirklichen.

Präsidenten-Brief an BürgermeisterInnen:

**In DE:** <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2020/07/200728-Brief-Steinmeier-Mattarella.html>

**In IT:** [https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2020/07/200727-DEU-ITA-Brief-Partnerschaften-Italienisch.pdf;jsessionid=623E374CAB1E9D62CCCE47653F5E607.2\\_cid371?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2020/07/200727-DEU-ITA-Brief-Partnerschaften-Italienisch.pdf;jsessionid=623E374CAB1E9D62CCCE47653F5E607.2_cid371?__blob=publicationFile)

### 2. Europäische Kommission: COVID-19-Medikament REMDESIVIR

Die Kommission hat mit der Pharmafirma Gilead noch Ende Juli einen Vertrag unterzeichnet und kann dadurch die Lieferung von Behandlungsdosen des Medikaments Veklury (Markenname von Remdesivir) garantieren. Die Mitgliedstaaten (und das UK) erhalten bereits ab Anfang August die ersten Chargen zur Deckung des dringenden Bedarfs. Rund 30.000 schwer Erkrankte sollen damit versorgt werden. Ein Verteilungsschlüssel wird für eine faire Zuteilung auf EU-Ebene sorgen. Die Vertragssumme von 63 Mio € stammt aus dem Soforthilfeinstrument der Kommission. Veklury war das erste Arzneimittel, das in der EU für die Behandlung von cov19 zugelassen wurde.

**Presse :** [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_1416](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1416)

**Soforthilfeinstrument:** [https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response-covid/emergency-support-instrument\\_de](https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response-covid/emergency-support-instrument_de)

**EU-Arzneimittelbehörde:** <https://www.ema.europa.eu/en/human-regulatory/overview/public-health-threats/coronavirus-disease-covid-19>



### 3. Europäische Kommission: Kultur- und Kreativsektor

Kommission und Europäischer Investitionsfonds kündigen neue Covid-19-Maßnahmen für KMU im kulturellen und kreativen Sektor von 251 Mio € (Kultur und Kreativsektor Garantie-Fazilität) an. Damit will man den Umgang mit Liquiditätsproblemen für KMU aus diesem Sektor erleichtern: die KMU sollen finanzintermediäre Garantien für ihre ausgegebenen Kredite erhalten. Die Maßnahme tritt im August in Kraft und gilt rückwirkend bis 1 April 2020.

**Presse:** [https://www.eif.org/what\\_we\\_do/guarantees/news/2020/european-commission-eif-announce-new-covid19-measures-under-cultural-creative-sector-guarantee-facility](https://www.eif.org/what_we_do/guarantees/news/2020/european-commission-eif-announce-new-covid19-measures-under-cultural-creative-sector-guarantee-facility)

**open call:** [https://www.eif.org/what\\_we\\_do/guarantees/cultural\\_creative\\_sectors\\_guarantee\\_facility/call/call\\_for\\_expression\\_of\\_interest.pdf](https://www.eif.org/what_we_do/guarantees/cultural_creative_sectors_guarantee_facility/call/call_for_expression_of_interest.pdf)

### 4. Ratssitzungen im September

LandwirtschaftsMin (21/22 Sept); Allgemeiner Rat (22 Sept); AußenMin (24 Sept); Wirtschafts/IndustrieMin (24 Sept); ForschungsMin (25 Sept); Transport/TelekomMin (28 Sept);

